

MEDIENMITTEILUNG

Luzern, 13. Juni 2024

## **Airbnb-Initiative umgesetzt – erster Schritt getan**

Die Wohnungskrise ist weiterhin dringend und die heutige Verabschiedung des Reglements über die Kurzzeitvermietung ist ein wichtiger Schritt für mehr Wohnraum in Luzern. Der MV Luzern sieht mit dem jetzigen Reglement den Willen der Bevölkerung nach der Annahme der Airbnb-Initiative als umgesetzt an.

### **Überarbeiter Umsetzungsvorschlag trifft ins Schwarze**

Das neue Reglement ersetzt die umstrittene Hoteldefinition durch eine Regelung, die sich am Schutz des Wohnraums orientiert. Das Beherbergungsbetriebe seit 2010 rechtmässig, mit den notwendigen Bewilligungen vermietete Räumlichkeiten dies auch in Zukunft tun dürfen, ist im Einklang mit der Initiative. Denn damit ist klar, dass kein Wohnraum für entsprechende Angebote zweckentfremdet wird, ohne dass dabei Spitzfindigkeiten über die Definition von Hotelzimmer notwendig sind.

Die Ausnahme für Beherbergungen in Wohnungen mit dem Hauptwohnsitz der vermietenden Person entfällt nun ebenso. Damit ist das grösste Schlupfloch geschlossen worden. Dass in Räumlichkeiten in der Arbeitszone weiterhin Beherbergungen stattfinden dürfen, steht nicht im Widerspruch zur Initiative, da damit kein Wohnraum gefährdet ist. Zudem darf eine spezifische Person maximal drei Monate pro Jahr in der Arbeitszone beherbergt werden.

### **Tourismus-Hotspot Altstadt ist auch Wohnraum**

Der Abstimmungserfolg der Airbnb-Initiative war ein klares Zeichen der Bevölkerung, dass Wohnraum für alle Luzerner:innen trotz Tourismus überall in der Stadt möglich sein muss. Mit dem jetzt verabschiedeten Reglement über die Kurzzeitvermietung ist hier ein grosser Schritt getan. «Das Reglement hat aber auch Nachteile, denn es wird Wohneinheiten geben, welche die Bevölkerung gerne ebenso zurück im Wohnungsmarkt gesehen hätte, die aber Airbnb und Business Apartments bleiben, weil sie keinen Wohnraum verdrängen.» So Mario Stübi, Präsident des MV Luzern.

Weiterhin bietet sich abends aber ein trostloses Bild beim Gang durch die Altstadt. Viele Gebäude sind in den oberen Stockwerken reine Kulisse für die Verkaufsgeschäfte in den unteren Stockwerken. Diese absichtlichen Leerstände – teils über Jahre und Jahrzehnte – lassen Wohnraum verschwinden, der heute dringend gebraucht wird. Mit dem Bevölkerungsantrag «Preisgünstiger Wohnraum muss erhalten bleiben» - der Ende 2023 vom Grosse Stadtrat als Motion überwiesen wurde – will der MV Luzern sich weiterhin für den Schutz des Wohnraums einsetzen.

Für Fragen stehen zur Verfügung

Mario Stübi, Präsident

078 764 75 85 (Während der heutigen Session des GSR eingeschränkt erreichbar)